

ÜBERBLICK

■ EZA-Startseminar „Schwerpunkte des Europäischen Sozialen Dialogs“



67 Projekte im Haushaltsjahr 2014. Schwerpunkte: Situation junger Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt; Gewerkschaftliche Strategien, um gute Arbeitsbeziehungen in einer sich verändernden industriellen Landschaft zu fördern; Koordination der sozialen Sicherheit als stabilisierendes Element für Leben und Arbeit in Europa; Kriterien für einen qualitativ guten sozialen Dialog

Seite 2

■ Arbeitsbedingungen in Kroatien nach EU-Beitritt

Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, wenig sozialer Dialog: Große Herausforderungen für Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften

Seite 3

■ Besuch in Zypern

Auf Einladung von KIKEA-DEOK besucht EZA-Präsident Bartho Pronk im Februar 2014 Zypern

Seite 3

■ Plattformen und Netzwerke bei EZA

Interview mit Józef Mozolewski, Plattform für Bildung (PED): Mitglieder, Arbeitsweise, Themen

Seite 4

EDITORIAL



Liebe Freunde, es ist ein großes Projekt, das geplante transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Durch den teilweisen Wegfall von Handelsbarrieren verspricht man sich ein größeres Handelsvolumen, ein stärkeres Wirtschaftswachstum und demzufolge eine höhere Beschäftigung: von ungefähr zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen beiderseits des Atlantiks ist die Rede, davon der größte Anteil von mehr als einer Million allein in den USA. Aber auch die krisengeschüttelten südeuropäischen Länder

*könnten durch verbilligte Importe aus den USA eine bessere Handelsbilanz und demzufolge auch eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit erzielen. So belegt es eine Studie des ifo-Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Aus unserer Perspektive sollte also dieses geplante Freihandelsabkommen wegen der in Aussicht gestellten Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit bald umgesetzt werden – wenn es nicht auch erheblichen Zweifel gäbe. Die Zweifel nähren sich zum einen aus der Sorge, dass Regularien zum Schutz der Menschen in Europa wegfallen. Sie basieren insbesondere im Arbeitnehmerbereich auf gewachsenen Strukturen und Werten, mit denen wir uns in Europa identifizieren. Was jedoch die Zweifel und das Misstrauen erheblich fördert, ist die Tatsache, dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Ist es wirklich noch zeitgemäß, auf eine konstruktive öffentliche Auseinandersetzung in Europa zu verzichten? Ihre Roswitha Gottbehüt
Generalsekretärin*

Sozialer Dialog im öffentlichen Dienst

Verantwortlichkeit hat eine Zukunft“ war der Titel eines Seminars von Eurofedop (Europese Federatie van het Overheidspersoneel), das vom 26 bis 28. September 2013 in Madrid stattfand. Die Notwendigkeit für jedermann, seinen Teil an Verantwortung in der derzeitigen Krisenzeit zu übernehmen, und die Zusage seitens der Gewerkschaften der Eurofedop, diesen Weg der Verantwortung einzuschlagen, zogen sich wie ein roter Faden durch die gesamten Seminar-Aktivitäten.

Behandelte Themenbereiche waren soziale Verantwortung von Unternehmen, soziale Marktwirtschaft, Modernisierung der Verwaltung (E-Government) sowie Statuten und Entlohnung im öffentlichen Dienst.

Klar wurde, dass die Delegierten an den Sinn und Wert von Konsultationen zwischen den Sozialpartnern glauben, selbst

wenn der soziale Dialog unter den Belastungen der Wirtschaftskrise leidet. Sie betonten die Bedeutung der Sozialpartnerschaft und richteten einen Appell an die europäischen Regierungen: Auch wenn Sparmaßnahmen unvermeidlich erscheinen, sollten die Regierungen die sozialen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die eigenen Bürger und insbesondere auf die Arbeitnehmer niemals aus den Augen verlieren.

Bert Van Caelenberg ■

EZA-Startseminar in Wieliczka



Unter Tage im Salzbergwerk von Wieliczka, Polen: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am EZA-Startseminar „Schwerpunkte des Europäischen Sozialen Dialogs“

Der große Reformbedarf im Bereich beruflicher Bildung war ein Schwerpunkt in den Diskussionen des EZA-Startseminars, das vom 28. November bis 1. Dezember 2013 in Wieliczka, Polen, stattfand und in Zusammenarbeit mit KK NSZZ „Solidarność“ (Komisja Krajowa NSZZ „Solidarność“) und mit Unterstützung der Europäischen Union organisiert wurde. 120 Vertreter von christlich-sozialen Arbeitnehmerorganisationen aus 25 europäischen Ländern trafen sich, um sich über das EZA-Bildungsprogramm 2014 auszutauschen, und stellten unter anderem fest, dass die Frage, wie Bildung für junge Menschen gestaltet werden könne, damit sie zukunftsfähig sei, und durch welche Arbeitsmarkt-Instrumente zukunftsfähige Arbeit geschaffen werden könne, von großer Bedeutung sei. Dabei müssten vor allem auch die benachteiligten Gruppen berücksichtigt werden. Wertschätzung müsse wichtiger sein als Wertschöpfung. Auch müsse die gesamte Gesellschaft in den sozialen Dialog eingebunden werden. Dieser müsse für alle Beteiligten klar und transparent sein. Soziale Sicherheit sei ein Recht, und kein Privileg.

Ein Eckpunkt des EZA-Bildungsprogramm 2014 ist die Seminarreihe zur Strategie „Europa 2020“, in deren Rahmen im kommenden Jahr der Themenschwerpunkt „Situation junger Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt“ wissenschaftlich begleitet werden wird und der rund 20 von insgesamt 67 geplanten Projekten angehören werden.

Außerdem werden 2014 zwei Projektkoordinierungen zu den Themen „Gewerkschaftliche Strategien, um gute Arbeitsbeziehungen in einer sich verändernden industriellen Landschaft zu fördern“ sowie „Koordinierung der sozialen Sicherheit – ein stabilisierendes Element für Leben und Arbeit in Europa“ stattfinden.

Des Weiteren wird EZA zusammen mit HIVA eine Studie über „Kriterien für einen qualitativ guten sozialen Dialog“ durchführen, deren Ergebnisse in der zweiten Jahreshälfte 2014 und im Haushaltsjahr 2015 in die Seminare einfließen sollen.

Piotr Duda, Vorsitzender der Nationalen Kommission der NSZZ „Solidarność“, Jadwiga Staniszkis, Universität Warschau, Stéphane Portet, Syndex-Europa, und der stellvertretende Generalsekretär des EGB Józef Niemiec, gingen in ihren Referaten auf Problemfelder des sozialen Dialogs aus europäischer und polnischer Perspektive ein.

Duda beschuldigte die polnische Regierung, Regelungen eingeführt zu haben, die nicht europäischen Richtlinien entsprächen. Es sei gewollt, dass der soziale Dialog in Polen nur vorgetäuscht sei und dass er nicht zu Ergebnissen führe. Er forderte eine Neubelebung des sozialen Dialogs auf Basis gegenseitiger Verständigung und eine wirkliche soziale Marktwirtschaft. Arbeitnehmerrechte dürften nicht als Privilegien gesehen werden. Es müsse ein sozial sicheres Umfeld für junge Leute geschaffen werden, um den demografischen Problemen aufgrund der

in Polen sehr niedrigen Geburtenrate entgegenzuwirken. Größtmögliche Flexibilität, wie von Seiten der Regierung gefordert, sei dazu nicht geeignet. Duda bemängelte einen fehlenden Dialog nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene. Die Interessen der Arbeitnehmerorganisationen in Europa seien oft unterschiedlich, beispielsweise bezüglich der Arbeitszeitrichtlinie oder der Klimaverhandlungen. Der Arbeitnehmerschutz sollte sich in den alten und den neuen EU-Staaten zumindest ähnlich entwickeln. Die Vergütung in internationalen Unternehmen müsse angeglichen werden, um Unternehmensverlagerungen in Länder mit niedrigem Gehaltsniveau zu verhindern.

Jadwiga Staniszkis analysierte die aktuelle Rentenkrise in Polen und führte als Hauptgrund die niedrigen Gehälter an. Der Rückgang der Löhne in Polen sei so radikal, dass er an Ausbeutung grenze. Dies gelte vor allem bei befristeten Arbeitsverhältnissen, in denen zuweilen noch nicht einmal das gesetzliche Mindesteinkommen erreicht werde. Dass viele junge Leute ins Ausland auswanderten, wo sie zwar oft unter ihrem Ausbildungsniveau arbeiteten, sie aber dennoch nicht nach Polen zurückkehrten, um dort eine Familie zu gründen, verschärfe die demografischen Probleme in Polen. Sie klagte die Haltung der Regierung an, aus politischem Kalkül Lösungen auf die kommenden Generationen zu verschieben.

Klassenhass sei die treibende Kraft für den sozialen Dialog in Polen, so die provokante These von Stéphane Portet. Der Arbeitgeber wolle über sein privates Vermögen voll und ganz verfügen, vergesse dabei aber, dass der Arbeitnehmer nicht sein Eigentum sei. Es gebe keine Demokratie in den Unternehmen, und dem Arbeitnehmer werde keine Entscheidungsfreiheit zugestanden, wenn es um die Zukunft des Betriebes gehe.

Józef Niemiec bekräftigte aus Sicht des Europäischen Gewerkschaftsbunds, dass die Arbeitgeber in Polen keinen Dialog mit Arbeitnehmervertretern führen wollten. Ihr Hauptziel seien Steigerungen der Produktivität und Wettbewerbsvorteile durch Lohndumping. Als einzigen Weg, echten sozialen Dialog in Polen in Gang zu bekommen, sieht er Massenproteste und Streiks, um auch die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Victoria Zined ■

Nach EU-Beitritt: Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und wenig sozialer Dialog in Kroatien

Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen

Am 1. Juli 2013 wurde Kroatien 28. Mitgliedsland der EU und hat damit alle Rechte und Pflichten übernommen, die mit der Mitgliedschaft einhergehen. Der historische Tag für Kroatien war ein großes Ereignis und Abschluss einer Erfolgsgeschichte, aber in Wahrheit sahen viele kroatische Bürger wenig Anlass zum Feiern. Die meisten sind der Meinung, dass sie es verdient gehabt hätten, viel früher EU-Bürger zu werden. Hoffnungen, dass die Mitgliedschaft einen wirtschaftlichen Nutzen bringt, hätten sich vielleicht erfüllen können, als sich Kroatien erstmals vor zehn Jahren um den EU-Beitritt bewarb, aber jetzt sind sie lange vergessen.

Leider ist Kroatien der EU zum ungünstigen Zeitpunkt beigetreten – in einer Wirtschaftskrise, die alle EU-Länder betrifft und einer der Gründe ist, warum normale Bürger in der EU-Mitgliedschaft keinen Vorteil sehen oder erleben. In Kroatien ist weiterhin kein Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs zu sehen, vor allem bei der Beschäftigung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei über 20% und mehr als 50% der jungen Menschen sind ohne Arbeit oder Hoffnung, dass sich ihre Lage in absehbarer Zukunft ändern wird. Die Preise steigen, während die Löhne und Gehälter stagnieren oder sinken; häufig werden sie zu spät gezahlt, manchmal mit monatelangem Verzug. Was ist mit den Arbeitnehmern? Jahrelang wurde ihnen gesagt, dass der soziale Dialog der beste Weg sei, eine wohlhabende Gesellschaft aufzubauen, in der die Sozialpartner von der Regierung anerkannt und respektiert werden. Sechs Monate, nachdem Kroatien 28. Stern am



europäischen Firmament wurde, sieht die Situation vollkommen anders aus. Es gibt derzeit keinen sozialen Dialog, vor allem nicht mit der aktuellen Regierung. Alle Gewerkschaftsverbände haben entschieden, sich nicht mehr am nationalen Wirtschafts- und Sozialrat zu beteiligen, Tarifverträge werden verletzt und aufgekündigt und die Vorbereitungen für einen Generalstreik laufen.

Das Arbeitsrecht und vor allem seine praktische Umsetzung hätten durch die Harmonisierung mit europäischen Standards gestärkt werden sollen, aber in der Realität sind die Rechte der Arbeitnehmer derzeit unter Beschuss, da die sozialdemokratische Regierung beschlossen hat, fast jedes Arbeitsgesetz in Kroatien zu ändern, um es flexibler zu machen, als würde dies allein die Arbeitslosigkeit senken. Die Liberalisierung und

Privatisierung öffentlicher Dienste und Güter stehen ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung der kroatischen Regierung, um den Haushalt zu entlasten.

Angesichts der dauernden Sparmaßnahmen ist es für Arbeitnehmer, aber auch andere Bürger schwierig, sich über die EU-Mitgliedschaft zu freuen und die Vorteile zu sehen, die ihnen die EU bringt. Dies gilt umso mehr, wenn junge Menschen Kroatien verlassen – nicht weil sie ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben, sondern weil sie gezwungen sind, eine Arbeit zu finden, die ihnen irgendeine Aussicht auf eine bessere Zukunft und wieder Selbstvertrauen und Würde gibt.

Marija Hanževački ■

EZA-Präsident Bartho Pronk besucht Zypern

Auf Einladung des zypriotischen EZA-Mitgliedzentrums KIKEA-DEOK (Cyriot Institute of Training/Education and Employment (KIKEA) - DEOK) wird EZA-Präsident Bartho Pronk vom 16. bis 18. Februar 2014 die Republik Zypern besuchen.

Im Rahmen seines Aufenthalts dort wird er neben dem DEOK-Vorstand unter anderem mit dem zypriotischen Parlamentspräsidenten Yiannakis Omirou, der Ministerin für Arbeit und Sozialversicherung Zeta Aimilianidou, dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kom-

mission in Zypern Giorgos Markopoulitis sowie der niederländischen Botschafterin Brechje Schwachöfer zusammentreffen.

Victoria Znined ■

Netzwerke und Plattformen bei EZA

Interview mit Józef Mozolewski, Plattform für Bildung (PED)

Józef, du bist der Verantwortliche für die PED. Was sind die Ziele der Plattform?

Das Grundziel der Plattform war und ist die Unterstützung der regulären Debatte zur Rolle der Bildung in der Gesellschaft, mit besonderer Berücksichtigung des Stellenwerts des interkulturellen und interreligiösen Dialogs über die Werte in der Bildung, sowie der Verknüpfungen zwischen der Bildung und der Beschäftigung.

Die Bildungsplattform ist eine Struktur, die im Rahmen von EZA tätig ist. EZA trägt die politische Verantwortung für die Plattform.

Wer macht bei euch mit?

Im Januar 2008 haben in Brüssel NKOS (Nezávislé kresťanské odbory Slovenska, Slowakei), CSDR (Confederația Sindicatelor Democratice din România) und Cartel Alfa (Rumänien), LDF (Vsl Lithuanian Labor Federation, Litauen), GÖD (Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Österreich), CNV (Christelijk Nationaal Vakverbond, Niederlande), USO (Unión Sindical Obrera, Spanien) und anfangs belgische Gewerkschaften den Willen zum Beitritt zur einer Plattform bekundet, die als so genannte „offene Lehrerplattform“ ihre Arbeit im Rahmen von EZA aufnahm. Experten wie Gaston

de la Haye und Evert de Jong übernahmen damals die Koordination.

Inzwischen sind zum Kreis der Gründungsmitglieder neue Mitglieder hinzugekommen, die die Arbeit der Plattform inhaltlich unterstützen: KK NSZZ „Solidarność“ (Komisja Krajowa NSZZ „Solidarność“, Polen), PODKREPA (Confederation of Labour PODKREPA, Bulgarien), MOSZ (Munkástanácsok Országos Szövetsége, Ungarn).

Im Jahr 2011 hat EZA mir die Verantwortung für die Aktivitäten der Plattform übertragen. Seither haben drei Sitzungen stattgefunden, bei denen wir wesentliche und ordnende Beschlüsse gefasst haben, unter anderem wurde die Plattform umbenannt in „Plattform für Bildung“. Zielgruppe der Plattform sind Lehrgewerkschaften und ihre Vertreter.

Wie arbeitet die Plattform?

Die Plattform trifft sich zweimal im Jahr in Polen.

Mit welchen Themen befasst sich die Plattform?

Die Themen sind vielfältig, beispielsweise die Beschäftigungssituation im Bildungssektor, die Harmonisierung des familiären und des Berufslebens, die Erfahrungen bezüglich der Werte in der pädagogischen Arbeit, die Gewichtung in der

Lehrerarbeit bezüglich der sich verändernden Arbeitswelt und der neuen Technologien, die Sicherheit der Bildungsarbeit, die Folgen der Krise im Bildungssektor, die demografische Entwicklung. Außerdem versuchen wir, neue Konzepte der Bildung sowie der verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen und pädagogischen Herausforderungen in Europa zu entwickeln.

Die von uns angesprochenen Themen sind ein Spiegelbild der Probleme, die die Bildung im gesamten Europa zu bewältigen hat. Der Querschnitt der Themen, die Gegenstand der Arbeit der Plattform sind, hat dazu beigetragen, dass ein großes Interesse an ihrer Arbeit besteht. Die Anzahl der Teilnehmer der Treffen wächst wie auch ihre sachlichen Diskussionen.

Danke für das Interview und viel Erfolg bei eurer Arbeit! Victoria Znined ■

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA
Europäisches Zentrum für
Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2
53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Roswitha Gottbehüt (verantwortl.),
Matthias Homey, Norbert Klein,
Victoria Znined

Gestaltung und Satz

HellaDesign, Emmendingen
E-Mail: helladesign@web.de

Fotos

EZA, Solidarność

Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben



Józef Mozolewski, Vize-Präsident von EZA

E-Mail: zr.podlaskiego@solidarnosc.org.pl oder zagr@solidarnosc.org.pl



Diese Publikation wird von
der Europäischen Union
finanziell unterstützt.